

**Betrachtung der besonders geschützten
Arten als Zuarbeit zum Grünordnungsplan
(GOP)
zum
Bebauungsplan (B-Plan 09.W.192)
„Wohn- und Sondergebiet am Südring“
in Rostock**





Auftragnehmer: Ökologische Dienste Ortlieb GmbH
Tannenweg 22m
18059 Rostock

Bearbeiter: Vivien Hübner, B.Sc. Naturschutz und
Landnutzungsplanung
Falk Ortlieb, Dipl.-Landschaftsökologe

Vorhabenträger: Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege
Rostock
Am Westfriedhof 2
18059 Rostock

Ort, Datum: Rostock, den 23.06.2025

Unterschrift: *V. Hübner*



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
1.1	Anlass und Aufgabenstellung	1
1.2	Rechtliche Grundlagen.....	1
1.3	Methodisches Vorgehen	4
2	Beschreibung des Vorhabens und seiner wesentlichen Wirkungen.....	5
2.1	Lage und Beschreibung des Vorhabens.....	5
2.2	Wirkfaktoren des Vorhabens	6
3	Ermittlung der prüfrelevanten Arten (Relevanzprüfung).....	9
3.1	Abgrenzung des Untersuchungsraums	9
3.2	Kartierungen und Datengrundlage	10
3.2.1	besonders geschützte Arten	10
3.3	Relevanzprüfung.....	11
3.3.1	Besonders geschützte Arten.....	11
4	Darstellung der Bestände, Betroffenheit sowie Prüfung der Verbotstatbestände	13
4.1	Besonders geschützte Arten	13
4.1.1	Teichmolch	13
	Bestandsdarstellung (Kartierungsergebnisse)	13
	Darstellung der Betroffenheit und Prüfung der Verbotstatbestände	15
4.1.2	Igel	16
	Bestandsdarstellung (Kartierungsergebnisse)	16
	Darstellung der Betroffenheit und Prüfung der Verbotstatbestände	16
4.1.3	Maulwurf.....	18
	Bestandsdarstellung (Kartierungsergebnisse)	18
	Darstellung der Betroffenheit und Prüfung der Verbotstatbestände	18
5	Maßnahmen zur Vermeidung, zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität und des Erhaltungszustandes.....	20
5.1	Maßnahmen zur Vermeidung	20
5.2	Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlich ökologischen Funktionalität.....	22
5.3	Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustandes.....	23



6 Zusammenfassende Darlegung der naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine ausnahmsweise Zulassung des Vorhabens nach § 45 Abs. 7 BNatSchG	25
7 Zusammenfassung	27
8 Quellenverzeichnis	29

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Luftbildansicht mit Abgrenzung des Untersuchungsraumes	9
Abbildung 2: Amphibiennachweise und geeignete Gewässerstrukturen, die sich im UR befinden (Kartierung 2020)	13
Abbildung 3: Erfasste Teichmolche, die mittels Sichtbeobachtung bei der Nachtbegehung vom 08.06.2020 erfasst werden konnten (Foto vom 08.06.2020)	14
Abbildung 4: HWS Gartenteich und die ausgebrachten Reusen zur Ermittlung von Amphibien im Gewässer (Foto vom 11.06.2020)	14

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkfaktoren	6
Tabelle 2: Übersicht der Kartierungstermine für die Amphibien von April-Juni 2020 ...	10
Tabelle 3: Im UR zusätzlich nachgewiesene wertgebende Arten mit Angaben zum Schutz- und Gefährdungsstatus sowie der Einschätzung, ob die jeweilige Art vom Vorhaben beeinträchtigt werden könnte	12
Tabelle 4: Hauptwanderzeiten und Wanderdistanzen von Amphibienarten (BRUNKEN 2004)	15
Tabelle 5: Auflistung der notwendigen Vermeidungsmaßnahmen	20
Tabelle 6: Auflistung der notwendigen CEF-Maßnahmen	22



Betrachtung der besonders geschützten Arten als Zuarbeit zum GOP zum
Bebauungsplan (B-Plan 09.W.192): „Wohn- und Sondergebiet am Südring“

Titelbild: Blick auf die Brachfläche mit Obstbaumbeständen, die sich im südöstlichen
Gebiet des Untersuchungsraumes befindet (Foto vom 07.04.2020)



1 Einleitung

1.1 Anlass und Aufgabenstellung

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock plant im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung die Umsetzung des Bebauungsplans (B-Plan) Nr. 09.W. 192 für das „Wohn- und Sondergebiet Südring“ im Stadtteil Rostock-Südstadt.

Im Zuge der Planung wurde die Firma Ökologische Dienste Ortlieb GmbH am 06.04.2020 mit der Erstellung eines Artenschutzfachbeitrages (AFB) auf der Basis von faunistischen Kartierungen für potenziell von der Umsetzung des B-Plans betroffenen Artengruppen beauftragt.

Da vom Vorhaben auch besonders geschützte Arten betroffen sind, die nicht zu den im AFB zu prüfenden FFH-Anhang-IV-Arten gehören, werden diese separat im vorliegenden Dokument bearbeitet. Dieses dient als Zuarbeit zum Grünordnungsplan (GOP).

1.2 Rechtliche Grundlagen

Entsprechend §11 Abs. 1 BNatSchG werden „die für die örtliche Ebene konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege [...] auf der Grundlage der Landschaftsrahmenpläne [...] für Teile eines Gemeindegebiets in Grünordnungsplänen dargestellt“. Dabei sind die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen (§11 Abs. 2 BNatSchG). „Die Pläne sollen die in § 9 Absatz 3 genannten Angaben enthalten, soweit dies für die Darstellung der für die örtliche Ebene konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen erforderlich ist“ (§11 Abs. 3 BNatSchG). Nach §11 Abs. 6 BNatSchG besteht keine Pflicht zur Aufstellung von Grünordnungsplänen. Sie können aufgestellt werden zur

1. „Freiraumsicherung und -pflege einschließlich der Gestaltung des Ortsbildes sowie Entwicklung der grünen Infrastruktur in Wohn-, Gewerbe- und sonstigen baulich genutzten Gebieten,
2. Gestaltung, Pflege und Entwicklung von Parks und anderen Grünanlagen, Gewässern mit ihren Uferbereichen, urbanen Wäldern oder anderen größeren Freiräumen mit besonderer Bedeutung für die siedlungsbezogene Erholung sowie des unmittelbaren Stadt- bzw. Ortsrandes,
3. Gestaltung, Pflege und Entwicklung von Teilräumen bestimmter Kulturlandschaften mit ihren jeweiligen Kulturlandschaftselementen sowie von Bereichen mit einer besonderen Bedeutung für die Erholung in der freien Landschaft.“

„Besteht ein Landschaftsplan, so sind Grünordnungspläne aus diesem zu entwickeln.“

Auf Grundlage eines Bürgerschaftsbeschlusses ist die Erarbeitung eines GOPs in Rostock Pflicht.



Mit der Novelle des BNatSchG im Dezember 2008 hat der Gesetzgeber das deutsche Artenschutzrecht an die europäischen Vorgaben angepasst. In diesem Zusammenhang müssen seither die Artenschutzbelange bei allen genehmigungspflichtigen Planungs- und Zulassungsverfahren entsprechend der europäischen Bestimmungen geprüft werden.

Die rechtliche Grundlage dieses Dokumentes bildet das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist. Der Artenschutz ist in den Bestimmungen der §§ 44 und 45 BNatSchG verankert.

Die generellen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind folgendermaßen formuliert:

„Es ist verboten,

- 1. wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- 2. wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
- 3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- 4. wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote).“*

Diese Verbote sind um den Absatz 5 ergänzt, mit dem bestehende und von der Europäischen Kommission anerkannte Spielräume bei der Auslegung der artenschutzrechtlichen Vorschriften der FFH- und Vogelschutzrichtlinie genutzt und rechtlich verankert werden sollen, um akzeptable und im Vollzug praktikable Ergebnisse bei der Anwendung der Verbotsbestimmungen des Absatzes 1 zu erzielen:

- 1. Ein Verstoß gegen das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 liegt nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann.*

Ein Verstoß liegt daher nicht vor, wenn trotz durchgeführter Vermeidungsmaßnahmen (wie z.B. das rechtzeitige Abfangen von Tieren aus dem Baufeld und das Aufstellen von Schutzzäunen, um ein Wiedereinwandern zu unterbinden oder die Verlegung der Bautätigkeit



außerhalb der Zeiten, in denen die betroffenen Lebensräume genutzt werden) unvermeidbare baubedingte Verluste einzelner Individuen nicht ausgeschlossen werden können.

2. Ein Verstoß gegen das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 liegt nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind.

3. Ein Verstoß gegen das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 liegt nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wildlebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.

Werden Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt, müssen die Ausnahmevoraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG gegeben sein.

Dieser Absatz regelt die Ausnahmevoraussetzungen, die bei Einschlägigkeit von Verboten zu erfüllen sind.

„Die nach Landesrecht für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden können von den Verboten des § 44 im Einzelfall weitere Ausnahmen zulassen:

- 1. zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden,*
- 2. zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt,*
- 3. für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung,*
- 4. im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt oder*
- 5. aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.*

Eine Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn

- 1. „zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und*



2. sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert (soweit nicht Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weitergehende Anforderungen enthält. Artikel 16 Absatz 3 der Richtlinie 92/43/EWG und Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie 79/409/EWG sind zu beachten.)“

1.3 Methodisches Vorgehen

Bei den vom Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege Rostock beauftragten Kartierungen für den AFB wurden zusätzliche wertgebende Arten als Nebenbeobachtungen erfasst (besonders geschützte Art entsprechend § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG).

Die Arten werden in den Relevanztabellen (s. Kapitel 3.3) unter Berücksichtigung ihrer Empfindlichkeit gegenüber der in Kapitel 2.2. beschriebenen Wirkfaktoren des Vorhabens beschrieben und überprüft. Weiterhin werden Angaben zum Schutz- und Gefährdungsstatus gemacht.

Anschließend an die Relevanzprüfung erfolgt die Darstellung der Verbreitung und der Ökologie der jeweiligen prüfrelevanten Arten im Untersuchungsraum (UR), anhand derer die Betroffenheit bzw. die Erfüllung der in Kapitel 1.2 genannten Verbotstatbestände geprüft werden. Bei ermittelter Betroffenheit werden artbezogene Maßnahmen zur Vermeidung und/oder vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) abgeleitet. Kann eine Betroffenheit der Art jedoch nicht mit Vermeidungsmaßnahmen abgewendet werden, erfolgt eine Ableitung von Ersatzmaßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustandes der lokalen Population der betroffenen Art (FCS-Maßnahmen). Die Umsetzung der formulierten FCS-Maßnahmen stellt die Voraussetzung für die Zulassung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG dar.



2 Beschreibung des Vorhabens und seiner wesentlichen Wirkungen

2.1 Lage und Beschreibung des Vorhabens

In der Hansestadt Rostock ist in der südwestlichen Bahnhofsvorstadt die Entwicklung eines neuen Stadtquartiers geplant. Zu diesem Zweck wird der Bebauungsplan 09.W.192 „Wohnen und Sondergebiet am Südring“ aufgestellt. Grundlage bildet der 1. Entwurf des B-Plans der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK 2024), der als Orientierung für die durchgeführten Kartierungen dient. Die geplante Fläche befindet sich im nördlichen Bereich des Stadtteils Südstadt, auf dem Gelände der ehemaligen Kleingartenanlage „KGA Pütterweg“. Das Gebiet liegt zwischen der Erich-Schlesinger-Straße (Nordwesten bis Süden) und dem Südring (Nordosten bis Süden). Im nördlichen Bereich verläuft eine Bahnanlage, die den nordwestlichen und nordöstlichen Bereich zur Erich-Schlesinger-Straße und Südring ausmacht. Auf der Fläche verläuft der Weg „Elisabeth-Schnitzler-Straße“ der von der Erich-Schlesinger-Str. im Nordwesten bis zum Südring im Nordosten durch das Gebiet führt. Im östlichen Bereich liegt der Pütterweg, der parallel zum Südring verläuft.

Angrenzend zum ausgewiesenen Bebauungsgebiet bestehen bereits die rechtsverbindlichen B-Pläne 09.SO.162 Groter Pohl (westlicher Teil) und 09.SO.162 Groter Pohl (östlicher Teil). Diese umfassen die Feuerwehrwache, Tankstelle und auch die Gewebehäuser Kaufland und FitX im südlichen Teil des Gebiets.

Der Geltungsbereich umfasst ca. 25 ha, in dem die Flächen in unterschiedlicher Weise genutzt werden sollen. Unter anderem sollen die Flächen zum Wohnen,- Sonderbereiche, Gewerbe,- und auch zum Gemeinbedarf, öffentlichen Verkehrsflächen, öffentlichen Verkehrsflächen mit Zweckbestimmung (Rad/Fußweg) sowie Grünflächen umgebaut werden. Die Erschließung der Flächen erfolgt über die vorhandene Erich-Schlesinger-Straße. Da der B-Plan nicht vorhabenbezogen ist, können keine lagekonkreten Festsetzungen zu einzelnen Baukörpern, Verkehrsflächen usw. innerhalb der einzelnen Baugebiete erfolgen.



2.2 Wirkfaktoren des Vorhabens

Nachfolgend werden die umwelterheblichen Wirkfaktoren in Anlehnung an das Vorhaben dargestellt (s. Tabelle 1). Dabei wird zwischen bau-, anlagen- und betriebsbedingten Faktoren unterschieden. Beurteilungsrelevant sind diese hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf besonders und streng geschützte Arten.

Baubedingte Wirkfaktoren:

Baubedingte Auswirkungen sind auf die Bauphase beschränkt und belasten nur vorübergehend die Umwelt. Die verursachten Schäden können sich jedoch unter Umständen auch über längere Zeit auf Arten oder Lebensräume auswirken, dazu zählt beispielsweise der generelle Lebensraumverlust durch die Entnahme von bedeutenden Gehölzen, Flächeninanspruchnahme durch die Baufeldfreimachung und Schaffung von Verkehrswegen.

Anlagenbedingte Wirkfaktoren:

Anlagenbedingte Auswirkungen umfassen Schädigungen, die von dem eigentlichen Planobjekt selbst (hier: Gebäude) ausgehen und Bestand haben, solange das Objekt nicht zurückgebaut ist. Die langfristigen Schädigungen basieren meist auf Versiegelung, Flächenbeanspruchung, Grundwasserabsenkung oder auch Zerschneidungswirkung.

Betriebsbedingte Wirkfaktoren:

Betriebsbedingte Auswirkungen fokussieren sich auf den Anlagenbetrieb (hier: Gebäudenutzung) und können beispielsweise Folgendes umfassen: Emissionen verschiedener Quellen (Lärm, Erschütterungen, Licht), Schädigungen durch die Entstehung von Abwasser und Abfall, Erhöhung des Verkehrsaufkommens, Kollisionen mit dem Gebäude oder optische Störwirkungen.

Tabelle 1: Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkfaktoren

Baubedingte Wirkfaktoren	Beschreibung	Schutzgut
Flächeninanspruchnahme	Bauzeitliche Beeinträchtigung durch Baustelleneinrichtungen und Ablagerungen von Baumaterialien im Baufeld.	Tiere und Pflanzen
Bodenabtrag/ Bodenaushub	Eingriff in den Lebensraum Boden und tiefgründiger Bodenabtrag, bzw. Bodenaushub (Baufeldfreimachung, Baugrube etc.)	Tiere und Pflanzen



Betrachtung der besonders geschützten Arten als Zuarbeit zum GOP zum Bebauungsplan
(B-Plan 09.W.192): „Wohn- und Sondergebiet am Südring“

Gehölzentnahme	Entnahme von Gehölzflächen und Einzelgehölzen bei der Baustelleneinrichtung und Flächen zur Ablagerung von Baumaterialien.	Tiere und Pflanzen
Scheuch- und Störwirkungen aufgrund von Lärmimmissionen sowie Erschütterungen	Bauzeitliche Beeinträchtigung von Tieren durch Baustellenverkehr/-tätigkeit.	Tiere
Schadstoffeinträge	Bauzeitliche Beeinträchtigung durch den Baustellenverkehr und Betriebsmittel	Tiere und Pflanzen
Anlagenbedingte Wirkfaktoren	Beschreibung	Schutzgut
Flächeninanspruchnahme	Dauerhafter Verlust durch die Erdarbeiten, keine Wiederherstellung der Bodenfläche möglich. Langfristiger Eingriff durch die dauerhafte Versiegelung im Bereich der geplanten Neubauten und befestigten Verkehrsflächen langfristiger Eingriff durch Teilrodung von Gehölzflächen und Einzelgehölzen im Bereich des Vorhabens.	Tiere und Pflanzen
Gehölzentnahme	Dauerhafte Beeinträchtigung von Tieren durch Habitatverlust (Nahrungsflächen, Brut- und Zufluchtsstätten), da einzelne Gehölzstrukturen und Einzelbäume durch den Bau von Gebäuden gerodet werden	Tiere und Pflanzen
Gewässerverlust	Dauerhafter Verlust von Gewässerstrukturen, die sich in den Kleingartenanlagen befinden	Tiere
Zerschneidungswirkung	Verlust von Wanderkorridoren von Amphibien durch die Entnahme von Vegetationsstrukturen Zerschneidung der Biotopverbundstruktur Beseitigung wesentlicher Leitstrukturen entlang von Flugrouten (z. B. zwischen Wochenstuben und Nahrungshabitaten oder zw. verschiedenen Quartieren) oder aber generell die Schaffung großflächiger, strukturloser Landschaftsräume	Tiere
Betriebsbedingte Wirkfaktoren	Beschreibung	Schutzgut



Betrachtung der besonders geschützten Arten als Zuarbeit zum GOP zum Bebauungsplan
(B-Plan 09.W.192): „Wohn- und Sondergebiet am Südring“

optische Störungen	Dauerhafte Störung durch Lichtimmissionen im Außenbereich und durch die Anbauten	Tiere
Schallemissionen durch Wohnnutzung	Zeitweilige, wiederkehrende und nicht kontinuierliche akustische Störungen	Tiere
Störung durch Menschen	Dauerhafte Beeinträchtigung	Tiere und Pflanzen



3 Ermittlung der prüfrelevanten Arten (Relevanzprüfung)

3.1 Abgrenzung des Untersuchungsraums

Die vom Vorhaben ausgehenden Wirkfaktoren können über das Vorhabengebiet hinaus Beeinträchtigungen hervorrufen.

Die Abgrenzung des Untersuchungsraums (URs) erfolgt anhand der maximalen Reichweite der vom Vorhaben ausgehenden Wirkfaktoren sowie aus den Größen der Aktionsräume der kartierten Arten. Der UR war für alle Artengruppen identisch, da der B-Plan den Geltungsbereich des Bearbeitungsgebietes vorgibt (s. Abbildung 1). Die Kartierungen wurden im Gebiet des B-Plans umgesetzt. Zusätzlich zur Bewertung der Artengruppen wurde das umliegende Umfeld betrachtet, um mögliche Wanderrouten, Leitstrukturen, Jagdhabitate und Verbindungsachsen zu anderen Gebieten festzustellen.



Abbildung 1: Luftbildansicht mit Abgrenzung des Untersuchungsraumes

3.2 Kartierungen und Datengrundlage

Als Grundlage für die Relevanzprüfung wurden in erster Linie die Ergebnisse der Kartierungen herangezogen (s. Kapitel 4.1). Zusätzlich wurden ältere Fachgutachten aus dem Gebiet für einen Abgleich der Ergebnisse und Maßnahmenvorschläge herangezogen (BHF 2018).

Für die Beurteilung der Wertigkeit der weiteren wertgebenden Arten wurden Angaben zu Schutz- und Gefährdungsstatus sowie dem kurzfristigen Bestandstrend der jeweiligen Art in M-V berücksichtigt:

- Rote Liste der gefährdeten Säugetiere Mecklenburg-Vorpommerns (LABES et al. 1991)
- Rote Liste der gefährdeten Amphibien und Reptilien Mecklenburg-Vorpommerns (BAST et al. 1991)

In den Relevanztabellen werden neben der RL M-V, Angaben zum Schutz- und Gefährdungsstatus in Deutschland gemacht. Dafür sind folgende Daten verwendet worden:

- Rote Liste der Säugetiere Deutschlands (MEINIG et al. 2020)
- Rote Liste und Gesamtartenliste der Amphibien (Amphibia) Deutschlands ROTE-LISTE-GREMIUM AMPHIBIEN UND REPTILIEN 2020)

3.2.1 besonders geschützte Arten

Teichmolch

Die Kartierung der Amphibien erfolgte von April-Juni 2020, in Form von Sichtbeobachtungen und Verhören (SCHLÜPMANN & KUPFER 2009). Es wurden 4 Begehungen bei geeigneten Witterungsbedingungen (leicht bewölkt, kein Wind, Temperatur ≥ 10 °C) durchgeführt.

Zusätzlich zu den 4 Hauptbegehungen, wurden 2 Termine für die Erfassung der Amphibien im UR befindlichen Teich (HWS Gelände; NAJU Garten) während der Reproduktionsphase durchgeführt (Tabelle 2). Anhand von ausgelegten Reusen konnten somit die im Teich lebenden Tiere erfasst werden.

Tabelle 2: Übersicht der Kartierungstermine für die Amphibien von April-Juni 2020

Datum	Bewölkung in Achtern	Temperatur	Windgeschwindigkeit- und richtung	Untersuchungsmethode
08.04.2020	1/8	20 °C	kein Wind	Tagbegehung
28.05.2020	0/8	12 °C	kein Wind	Tag- und Nachtbegehung
08.06.2020	5/8	15 °C	kein Wind	Nachtbegehung
09.06.2020	1/8	17 °C	1-2 Bft (N)	Tagbegehung
10.06.2020	8/8	17 °C	kein Wind	Nachtbegehung
11.06.2020	8/8	16 °C	kein Wind	Tagbegehung



Maulwurf und Igel

Im Untersuchungsraum wurden alle Nachweise der beiden Arten in Form von Kot, Trittsiegel bzw. Totfunde erbracht. Zusätzlich wurden alle künstlichen Vertiefungen, wie eingegrabene Fässer oder Eimer, Schächte zum Absperren der Wasserleitungen, Keller mit offenen Luken, Pools oder trockene Gartenteiche aber auch Erdlöcher von ausgegrabenen Pflanzen oder Zaunpfählen usw. untersucht (s. dazu Hauptgutachten von EBERSBACH 2020).

Die Erfassung der Maulwürfe erfolgte im Zeitraum von Mai-Juli 2020. Bei der Begehung wurden die Flächen 2-3-mal möglichst vollständig in einem Durchgang sowie darüber hinaus alle Teile mehrfach partiell begangen. Das Vorkommen wurde anhand der charakteristischen Erdhügel erfasst. Der Bereich der noch bewirtschafteten Kleingärten wurde mittels Sichtbeobachtung von den begehbaren Wegen erfasst. Aus der Menge der Erdhügel konnte im Anschluss die Reviergröße ermittelt und somit Rückschlüsse auf den Bestand gegeben werden (EBERSBACH 2020).

Die Kartierung der Igel erfolgte von Mai bis August 2020. Vorkommen der Igel wurden anhand von ansässigen Personen im Gebiet erfragt und durch gezielte Beobachtungen, die bei allen Kontrollgängen im Gelände durchgeführt wurden, erfasst. Zu den Hinweisen zählen neben eigenen direkten Beobachtungen auch konkrete Beobachtungen von Anliegern mit Datum, die während des Untersuchungszeitraumes gemacht wurden. Weitere Nachweise erfolgten durch Kotspuren, Tritts Spuren und Totfunde. Darüber hinaus wurden im Gebiet gezielte nächtliche Begehungen durchgeführt, um Igel zu beobachten (EBERSBACH 2020).

3.3 Relevanzprüfung

3.3.1 Besonders geschützte Arten

Die im UR erfassten besonders geschützten Arten werden in Tabelle 3 aufgelistet.



Betrachtung der besonders geschützten Arten als Zuarbeit zum GOP zum Bebauungsplan (B-Plan 09.W.192): „Wohn- und Sondergebiet am Südring“

Tabelle 3: Im UR zusätzlich nachgewiesene wertgebende Arten mit Angaben zum Schutz- und Gefährdungsstatus sowie der Einschätzung, ob die jeweilige Art vom Vorhaben beeinträchtigt werden könnte

Dt. Artname	Wiss. Artname	Schutzstatus	RL MV	RL D	Vorkommen im UR	Beeinträchtigungen möglich	Erläuterung zu den Ausschlussgründen für die Art/ Erläuterung zu den wesentlichen Empfindlichkeiten gegenüber den zu erwartenden Wirkfaktoren
Amphibien							
Teichmolch	<i>Lissotriton vulgaris</i>	bg	3	*	x	x	Bei der Kartierung am 08.06 sowie am 11.06.2020 wurden Teichmolche im HWS-Gartenteich erfasst. Es handelt sich um adulte Tiere, die mittels Reuse und Sichtbeobachtung festgestellt wurden. Zusätzlich konnten Kaulquappen im Teich nachgewiesen werden, was auf eine Reproduktion der Art hinweist.
Säugetiere							
Europäischer Maulwurf	<i>Talpa europaea</i>	bg	-	*	x	x	Maulwurfshügel wurden im gesamten UR festgestellt und die Art besiedelt eine Fläche von ca. 13,8 ha (EBERSBACH 2020). Die Tiere und ihre Lebensstätten sind durch die Bauarbeiten (Bodenabtrag, Befahrung mit Baufahrzeugen) erheblich gefährdet.
Braunbrust- oder Westigel	<i>Erinaceus europaeus</i>	bg	3	V	x	x	Es wurden keine Tiere bei der Kartierung nachgewiesen, allerdings konnten durch Anwohner Tiere ausgemacht werden. Weitere Hinweise konnten durch Kot- und Trittspuren sowie Totfunde erzielt werden. Die Art kann im UR nicht ausgeschlossen werden (EBERSBACH 2020).

Erläuterungen zu Tabelle 3:

Kategorien der Roten Liste

* ungefährdet

0 ausgestorben oder verschollen

1 vom Aussterben bedroht

2 stark gefährdet

3 gefährdet

bg: besonders geschützte Art im Sinne von § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG bzw.

nach Anlage 1, Spalte 2 BArtSchV

V Arten der Vorwarnliste

R extrem selten mit geografischer Restriktion

G Gefährdung unbekannten Ausmaßes

D Daten unzureichend

n. b. nicht bewertet

RL MV: Rote Liste M-V: LABES et al. (1991), BAST et al. (1991)

RL D: Rote Liste D: MEINIG et al. (2020), ROTE-LISTE-GREMIUM AMPHIBIEN UND REPTILIEN (2020)



4 Darstellung der Bestände, Betroffenheit sowie Prüfung der Verbotstatbestände

4.1 Besonders geschützte Arten

4.1.1 Teichmolch

Bestandsdarstellung (Kartierungsergebnisse)

Im Rahmen der Kartierungen wurden 11 Teichmolche (*Lissotriton vulgaris*) im HWS-Gartenteich kartiert (s. Abbildung 2). Das Gewässer ist das einzige größere Gewässer im UR. Neben diesem wurde ein weiteres Kleingewässer (Teich) in der ehemaligen Kleingartenanlage (KGA) festgestellt.



Abbildung 2: Amphibiennachweise und geeignete Gewässerstrukturen, die sich im UR befinden (Kartierung 2020)

Bei der Kartierung am 08.06.2020 wurden 5 adulte Teichmolche im HWS Gartenteich durch Sichtbeobachtungen erfasst (s. Abbildung 3). Zusätzlich konnten 6 adulte Tiere bei der Kontrolle der ausgebrachten Reuse am 11.06.2020 nachgewiesen werden (Abbildung 4). Es handelt sich um bei dem Gewässer um eine Reproduktionsstätte der Art, da im Zuge der Kartierungen Kaulquappen erfasst wurden.

Bei der Kartierung im Jahr 2018 wurden keine Amphibien im UR festgestellt, dies kann durch die Kartierung im Jahr 2020 nicht bestätigt werden.



Abbildung 3: Erfasste Teichmolche, die mittels Sichtbeobachtung bei der Nachtbegehung vom 08.06.2020 erfasst werden konnten (Foto vom 08.06.2020).



Abbildung 4: HWS Gartenteich und die ausgebrachten Reusen zur Ermittlung von Amphibien im Gewässer (Foto vom 11.06.2020)

Darstellung der Betroffenheit und Prüfung der Verbotstatbestände

Teichmolche besiedeln vorzugsweise substratreiche, stark mit Wasserpflanzen bewachsene Gewässer. Als Laichgewässer werden jedoch alle Arten von stehenden Kleingewässern sowie langsam fließende Gräben genutzt (GLANDT 2015). Der HWS-Gartenteich auf dem NAJU-Gelände eignet sich für die Teichmolche nicht nur als Lebensraum, sondern auch als Reproduktionsstätte, da sich im Gewässer neben adulten Tieren, auch Kaulquappen befanden.

Eine Beeinträchtigung der Art besteht aufgrund der geplanten Überbauung/ Versiegelung des Geländes, die zu einem dauerhaften Verlust des Lebensraumes führt. Dabei spielt insbesondere der Verlust von Laichgewässern als Fortpflanzungsstätten, daneben auch der Verlust von sommerlichen Aufenthaltsgewässern und von Überwinterungsquartieren als Ruhestätten eine Rolle (BFN 2020c).

Bei der Erschließung des Geländes werden baubedingt die Gewässer sowie anders strukturreiche Bereiche verloren gehen, da diese sich im geplanten Baufeld von möglichen Gebäuden befinden. Es ist mit einem Verlust der Gewässer zu rechnen, die im Zusammenhang mit der Flächenerschließung und der Anlage der Gebäude zugeschüttet werden.

Da der Teichmolch wenige hundert Meter wandert, besteht eine Gebundenheit an das HWS-Gewässer (s. Tabelle 4). Die Amphibien wechseln zwischen ihren aquatischen und terrestrischen Lebensräumen und wandern ab Februar bis teilweise in den Oktober hinein zwischen den Standorten hin und her.

Tabelle 4: Hauptwanderzeiten und Wanderdistanzen von Amphibienarten (BRUNKEN 2004)

Art (deutsch)	Art (wissenschaftlich)	Wanderperiode der Alttiere	Wanderperiode der Jungtiere	maximale Wanderdistanz
Teichmolch	<i>Lissotriton vulgaris</i>	Feb. bis April; Juni/Juli	Juli bis Oktober	wenige hundert Meter

Schadigungsverbot von Lebensstätten:

Im UR befindet sich ein geeignetes Gewässer in Form eines Gartenteiches (NAJU-Gelände), der vom Teichmolch besiedelt wird. Durch die Umsetzung des B-Plans wird der Lebensraum zerstört und die umliegenden Strukturen verloren gehen. Es ist mit einem dauerhaften Verlust der Lebensraumfunktionen der betreffenden Flächen und ihrer Eignung als Habitat der Art auszugehen. Der Verlust des Teiches ist durch ein gleichwertiges Gewässer im Verhältnis 1:1 auszugleichen. Die Kompensation des Lebensraumes besteht in der Schaffung von Gewässern im B-Plangebiet (FCS8). Der Teich ist mit zusammenhängenden Strukturen, aus Land- und Wasserlebensraum, auf einer Fläche von mindestens 1 ha auszugleichen.

Die ökologische Funktionsfähigkeit der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang kann nicht durch Vermeidungs- oder CEF-Maßnahmen erhalten



werden. Es bedarf einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG (vgl. Kapitel 6). Die FCS-Maßnahme (FCS8) stellt die Voraussetzung für die Erteilbarkeit einer Ausnahme dar.

Störungsverbot:

Da sich das Störungsverbot nach §44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG auf streng geschützten Arten und europäische Vogelarten bezieht, ist die Betrachtung für die hier behandelte besonders geschützte Art nicht relevant.

Tötungsverbot:

Durch die Umsetzung des B-Plans kann es zu einer Tötung von Tieren kommen, wenn das Gewässer dauerhaft als Lebensgrundlage der Tiere verloren geht. Zur Vermeidung der Tötung wird ein Amphibien- und Reptilienschutzzaun im Februar eines Jahres, vor Baubeginn, um das Gewässer aufgestellt (005_V) und die Tiere vor der Baufeldfreimachung (Zuschüttung des Gewässers) in einen gleichwertigen Lebensraum händisch, mittels Kescher und/oder Reuse umgesetzt (018_V). Die Umsetzung der Tiere erfolgt während der Aktivitätsperiode vom 01.03-30.11. eines Jahres und wird mindestens 6 Monaten vor Baubeginn durch fachkundiges Personal durchgeführt. Schächte und Gruben, die im Zuge der Bauarbeiten gefunden werden, sind vor deren Zerstörung oder Umbau auf vorhandene Reptilien und Amphibien zu kontrollieren, um deren Tötung zu vermeiden (014_V). Neu herzustellende Regenwassersammler und Schächte zur Aufnahme von Straßen- und anderen Oberflächenwässern sind so kleintierfreundlich zu gestalten, dass sie keine Tierfallen darstellen können (015_V). Die Anbringung von „Krallmatten“ kann Abhilfe schaffen. Hinweise zur Ausgestaltung derartiger Einrichtungen finden sich unter <http://www.karch.ch/karch/de/home/amphibien-fordern/in-entwasserungsanlagen.html>.

Trotz der Maßnahmen kann das Eintreten eines signifikant erhöhten Tötungs- und Verletzungsrisikos nicht ausgeschlossen werden. Es bedarf einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG (vgl. Kapitel 6). Die Maßnahme FCS8 stellt die Voraussetzung für die Erteilbarkeit einer Ausnahme dar.

4.1.2 Igel

Bestandsdarstellung (Kartierungsergebnisse)

Während der Kartierung im UR wurden keine Tiere nachgewiesen, allerdings wurden durch Kots Spuren im nördlichen und südöstlichen UR Nachweise der Art erbracht. Die genaue Bestandsgröße der Igel konnte nicht festgestellt werden, da Beobachtungen fehlen und wenige Nachweise erbracht wurden. Grundsätzlich ist aber mit einem Vorkommen der Art im UR zu rechnen, da Nachweise auf Tiere hinweisen. Zusätzlich kann ein Verbund zu benachbarten Flächen nicht ausgeschlossen werden (siehe Hauptgutachten EBERSBACH 2020).

Darstellung der Betroffenheit und Prüfung der Verbotstatbestände

Schädigungsverbot von Lebensstätten:



Durch die Umsetzung des B-Plans kommt es zu einem Verlust von geeigneten Habitaten dieser Art. Die Art benötigt dichte Heckenstrukturen, Reisighaufen und weitere Versteckmöglichkeiten, die sowohl im Sommer als auch im Winter genutzt werden können. Sollten im Zuge der Bauarbeiten Kompost- oder Laubhaufen, gestapelte Gehölzschnitte auf der Fläche entfernt werden, sind diese händisch und direkt im Zuge der Bauarbeiten auf einer nicht genutzten und hergerichteten Fläche, die für die Tiere geschaffen wird (FCS3a i.V.m. CEF1), auszubringen.

Nach Beendigung der Bauabschnitte werden die Flächeninanspruchnahme und der Verlust von Strukturen multifunktional durch die Lebensraumschaffung weiterer Artengruppen ausgeglichen (FCS3a i.V.m. CEF1).

Die ökologische Funktionsfähigkeit der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang kann nicht durch CEF-Maßnahmen erhalten werden. Es bedarf einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG (vgl. Kapitel 6). Die Maßnahme FCS3a stellt die Voraussetzung für die Erteilbarkeit einer Ausnahme dar.

Störungsverbot:

Da sich das Störungsverbot nach §44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG auf streng geschützten Arten und europäische Vogelarten bezieht, ist die Betrachtung für die hier behandelte besonders geschützte Art nicht relevant.

Tötungsverbot:

Eine Tötung von einzelnen Individuen kann nicht ausgeschlossen werden (EBERSBACH 2020), daher sind die Bauarbeiten in Bauabschnitten durchzuführen (002_V). Das Baufeld wird durch einen Amphibien- und Reptilienschutzzaun abgegrenzt (005_V), um eine Einwanderung der Tiere in das Baufeld zu vermeiden. Zusätzlich werden in den umzäunten Baubereichen Lebendfallen (017_V) in der nächtlichen Aktivitätszeit aufgestellt und die gefangenen Tiere in einen erhaltenen Lebensraum (006_V) oder in ein Ersatzhabitat (FCS3a i.V.m. CEF1) umgesetzt.

Um eine Tötung in der Aktivitätszeit der Tiere zusätzlich zu vermeiden, sollten die Bauarbeiten außerhalb dieser liegen (010_V). Zusätzlich sind die Bauabschnitte (002_V) vor der Beräumung auf ein Vorkommen der Art in Komposthaufen, Laub- und Gehölzbeständen oder anderen geeigneten Strukturen, durch die ökologische Baubegleitung zu untersuchen (001_V) und ggf. die Tiere in einen erhaltenen Lebensraum (006_V) oder in einen gleichwertigen Lebensraum (FCS3a i.V.m. CEF1) umzusetzen.

Trotz der Maßnahmen kann das Eintreten eines signifikant erhöhten Tötungs- und Verletzungsrisikos nicht ausgeschlossen werden. Es bedarf einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG (vgl. Kapitel 6). Die Maßnahme FCS3a stellt die Voraussetzung für die Erteilbarkeit einer Ausnahme dar.

4.1.3 Maulwurf

Bestandsdarstellung (Kartierergebnisse)

Im UR kommen flächendeckend Maulwürfe vor, die anhand der im gesamten Gebiet auftretenden Erdhügel ermittelt wurden. Der einzige nennenswerte Bereich mit größeren Lücken in den Maulwurfvorkommen betrifft, die zum großen Teil versiegelten oder (früher) stark befahrenen Bereiche des ehemaligen Reichsbahngeländes in der nordwestlichen Ecke des Planungsgebiets. Weitere Abschnitte sind asphaltierte, befestigte oder auch stark verdichtete Wege, wie der Pütterweg, Parkplätze sowie Gemeinschaftswege. Die größeren umliegenden Straßen bilden die Grenze des Maulwurfvorkommens.

Es ergibt sich eine Siedlungsfläche für die Art von rund 13,8 ha, die eine festgestellte Reviergröße von ca. 280-310 Revieren vermutet lässt. Die Reviergröße von Maulwürfen entspricht 1.300- 2000 m² für Weibchen und bis zu 6000 m² bei Männchen. Laut Angaben, die im Hauptgutachten von EBERSBACH (2020) gemacht werden, werden 5-12 Tiere/ha angenommen. Bei einer Siedlungsfläche der Art im UR von ca. 13,8 ha, werden somit 70-165 Tiere im gesamten UR angenommen.

Darstellung der Betroffenheit und Prüfung der Verbotstatbestände

Schädigungsverbot von Lebensstätten:

Durch die Umsetzung des B-Plans kommt es zu einem Verlust von geeigneten Habitaten dieser Art.

Durch die Baufeldfreimachung und den damit einhergehenden Bodenabtrag wird der Lebensraum fast vollständig verloren gehen und kann nicht im Vorhabengebiet ausgeglichen werden.

Die Kompensation des Habitatverlustes erfolgt über die Maßnahme FCS3a. Die Einrichtung der Flächen ist mit einem Fachgutachter abzustimmen, um nicht bereits bestehende Lebensräume von anderen Maulwurfsbeständen negativ zu beeinflussen.

Die ökologische Funktionsfähigkeit der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang kann nicht durch CEF-Maßnahmen erhalten werden. Es bedarf einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG (vgl. Kapitel 6). Die Maßnahme FCS3a stellt die Voraussetzung für die Erteilbarkeit einer Ausnahme dar.

Störungsverbot:

Da sich das Störungsverbot nach §44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG auf streng geschützten Arten und europäische Vogelarten bezieht, ist die Betrachtung für die hier behandelte besonders geschützte Art nicht relevant.

Tötungsverbot:



Durch die Umsetzung des B-Plans können Maulwürfe im Zuge der Baufeldfreimachung und des Tiefbaus getötet werden. Eine Abwanderung der Tiere in benachbarte Bereiche im UR ist nicht möglich, da diese bereits durch andere Tiere besiedelt sind. Um Tötungen zu vermeiden, werden die Baubereiche auf einzelne Abschnitte (002_V) begrenzt und nicht parallel ausgeführt. Zusätzlich werden in diesen Abschnitten Lebendfallen ausgebracht (017_V), um die Tiere abzufangen und in einen gleichwertigen Lebensraum (FCS3a) umzusetzen. Die Maßnahmenfläche FCS3a muss dementsprechend vor der Umsiedelung einen geeigneten Lebensraum darstellen. Die Umsetzung der Tiere ist durch einen Fachgutachter durchzuführen. Bevor die Erdarbeiten auf den Bauabschnitten stattfinden, wird die jeweilige Fläche 1 Woche vor Baubeginn mehrmals befahren (016_V). Durch die Befahrung der Fläche mit Baufahrzeugen entstehen Erschütterungen, welche die Tiere stören und ggf. zur Flucht aus der Bodenfläche zwingen.

Trotz der Vermeidungsmaßnahmen kann das Eintreten eines signifikant erhöhten Tötungs- und Verletzungsrisikos nicht ausgeschlossen werden. Es bedarf einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG (vgl. Kapitel 6). Die Maßnahme FCS3a stellt die Voraussetzung für die Erteilbarkeit einer Ausnahme dar.



5 Maßnahmen zur Vermeidung, zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität und des Erhaltungszustandes

Es wurden die Maßnahmen inkl. der Nummer aus dem AFB übernommen, auf die Maßnahmen, welche für die besonders geschützten Arten relevant sind, reduziert und um weitere Maßnahmen für die besonders geschützten Arten ergänzt. Daraus ergibt sich eine nicht fortlaufende Nummerierung.

5.1 Maßnahmen zur Vermeidung

Folgende Vorkehrungen zur Vermeidung werden durchgeführt, um Gefährdungen der nach den hier einschlägigen Regelungen geschützten Tier- und Pflanzenarten zu vermeiden oder zu mindern.

Tabelle 5: Auflistung der notwendigen Vermeidungsmaßnahmen

Nr.	Beschreibung	Zeitfenster	Artengruppe/ Ziel
001_V	Einsetzen einer ökologischen Baubegleitung (ÖBB) zur Überwachung, Anleitung und Dokumentation der u.g. Artenschutzmaßnahmen	Vor Baubeginn bis Abschluss aller baunachbereitenden Arbeiten	Fauna Flora
002_V	Die Umsetzung des B-Plans ist in einzelnen Bauabschnitten durchzuführen. Dabei sollten diese nicht parallel, sondern zeitversetzt auf den einzelnen Flächenabschnitten erfolgen, um eine schrittweise und erfolgreiche Umsetzung der Artenschutzmaßnahmen sowie die Abwanderung von Tieren aus dem Baufeld zu ermöglichen. Maßgeblich ist dabei die Umsetzung der Vermeidungs-, Minderungs- und CEF-Maßnahmen vor Baubeginn.	während der gesamten Bauzeit	Fauna
005_V	Stellung eines Amphibien- und Reptilienschutzzaunes mit Kleintiertunneln (KTT, Orthab) um das Vorhabengebiet und regelmäßige Wartung, um ein Einwandern von Amphibien in das Baufeld zu unterbinden und gleichzeitig den Amphibien die Möglichkeit zu geben zwischen Laichgewässer und Landlebensräumen zu wandern.	Februar eines Jahres	Amphibien
006_V	Igel, die sich innerhalb des Schutzzaunes befinden, sind händisch abzufangen und aus dem Baufeld zu evakuieren. Abgefangene Tiere sind in geeignete, erhaltene Flächen oder in eine zuvor fertig gestellte Maßnahmenfläche (FCS3a) umzusetzen.	März-September	Igel



Betrachtung der besonders geschützten Arten als Zuarbeit zum GOP zum Bebauungsplan
(B-Plan 09.W.192): „Wohn- und Sondergebiet am Südring“

	Der Abfang ist über eine Aktivitätsperiode hinweg durchzuführen (Mär.-Sep.). Es ist solange abzufangen, bis an 2 aufeinanderfolgenden witterungsbedingt geeigneten Fangtagen keine Tiere gesichtet werden.		
010_V	Bauzeitenregelung: Die Baumaßnahmen sind auf die Tageszeit beschränkt und dürfen nicht in der Zeit von 1 Stunde vor Sonnenuntergang bis 1 Stunde nach Sonnenaufgang durchgeführt werden.	während der gesamten Bauzeit	Igel
014_V	Schächte und Gruben, die im Zuge der Bauarbeiten gefunden werden, sind vor deren Zerstörung oder Umbau auf vorhandene Amphibien zu kontrollieren, um deren Tötung zu vermeiden.	Im Zuge der Baufeldfreimachung	Amphibien
015_V	Neu herzustellende Regenwassersammler und Schächte zur Aufnahme von Straßen- und anderen Oberflächenwässern sind so kleintierfreundlich zu gestalten, dass sie keine Tierfallen darstellen können. Die Anbringung von "Krallmatten" kann Abhilfe schaffen. Hinweise zur Ausgestaltung derartiger Einrichtungen finden sich unter http://www.karch.ch/karch/de/home/amphibien-fordern/in-entwasserungsanlagen.html	dauerhaft	Amphibien
016_V	Vergrämung durch die Befahrung der Fläche (mehrmals), bevor Bodenarbeiten vorgenommen werden. Durch die Erschütterung, die durch die Baufahrzeuge entsteht, werden die Tiere gestört und können ggf. aus der Bodenfläche fliehen.	Vor dem Beginn der Bodenarbeiten	Maulwurf
017_V	Abfangen von Tieren im geplanten Baufeld durch Nahrung und/oder Lebendfallen ist durch einen fachkundlichen Gutachter durchzuführen.	1 Jahr vor Baubeginn	Igel Maulwurf
018_V	Aufgrund des Gewässerverlustes sind die Amphibien im bestehenden Gewässer mittels Reuse/ Kescher zu fangen und in einen gleichwertigen Lebensraum umzusetzen. Das Keschern ist über eine Aktivitätsperiode hinweg durchzuführen (Mär.-Sep.). Es ist solange abzufangen, bis an 2 aufeinanderfolgenden witterungsbedingt geeigneten Fangtagen keine Tiere gesichtet werden.	März-September vor Baubeginn	Amphibien

5.2 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlich ökologischen Funktionalität (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i. S. v. § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG)

Folgende Vorkehrungen zur Vermeidung werden durchgeführt, um Gefährdungen der nach den hier einschlägigen Regelungen geschützten Tier- und Pflanzenarten zu vermeiden oder zu mindern.

Tabelle 6: Auflistung der notwendigen CEF-Maßnahmen

Nr.	Beschreibung der Maßnahmen	Zeitfenster	Artengruppe/Ziel
CEF1	<p>Anlage von Versteck- und Sonnenplätzen, in Form von Totholz-Sandhaufen mit den Mindestmaßen 2m x 2m (Länge x Breite) aus einer Mischung einheimischer Hölzer verschiedener Stärke (keine Weiden, Gartenabfälle, andere schnell anwachsende Arten oder Nadelbäume verwenden). Weiterhin erfolgt die Anlage von Winterquartierstrukturen (Mischung aus Steinen unterschiedlicher Größe (8 - 25 cm) und heimischem Holz unterschiedlicher Stärke wie beschrieben) mit den Mindestmaßen von 2m x 2m (Länge x Breite). Optimalerweise werden die Strukturen bis ca. einen Meter tief unter GOK gebaut. Alternativ und bei entsprechender Höhe können die Haufwerke auch oberirdisch angelegt werden. Der Aushub ist südöstlich neben den Winterquartieren zu belassen.</p> <p>Die Anlage der Quartiere erfolgt anteilig auf der VENOC-Fläche (s. Anhang 9 des AFB zum B-Plan) und der Ausgleichsfläche bei Niederhagen (s. Anhang 10 des AFB zum B-Plan). Es wird eine Ausführungsplanung (LAP) erstellt, die die Gegebenheiten auf den Maßnahmenflächen aufgreift.</p> <p>Die ÖBB leitet die Umsetzung vor Ort fachlich an und dokumentiert die Herstellung.</p>	vor Baubeginn	Igel (Reptilien)

5.3 Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustandes

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Zeitfenster	Artengruppe/Ziel
FCS3a	<p>Schaffung eines Ersatzlebensraumes für Igel (und weitere Arten) auf der Ausgleichsfläche bei Niederhagen (s. Anhang 10 im AFB zum B-Plan, verfügbare Flächengröße: ca. 8,4 ha)</p> <p>Die Flächen sind auf mageren und grabbaren Standorten anzulegen und mit einem hohen Anteil an Offenboden zu gestalten.</p> <p>Anlage einer lockeren Feldhecke (zweireihig, 500m Länge, Heckenbreite zwischen 5 und 10 m, auf ca. 5000 m²) aus Schlehe, Weißdorn, Holunder, Pfaffenhütchen und Hundsrose. Zudem werden 5 Gehölzgruppen auf ca. 50 m² aus Schlehe, Weißdorn, Holunder und Hundsrose auf der Brachfläche gepflanzt. Anlage einer samenreichen Hochstaudenflur auf 0,5 ha erfolgt angrenzend entlang der Feldhecke. Der restliche Teil der Fläche soll als Brachfläche entwickelt werden. Zudem Schaffung und Pflege von Bereichen mit lückiger (ruderaler) Bodenvegetation auf mind. 30 % der Fläche. Somit werden Nahrungsflächen, Versteckmöglichkeiten sowie Lebensstätten geschaffen.</p> <p>Pflegemanagement:</p> <p>Jährlich einmalige Mahd (zwischen November und Februar) der Brachfläche. Dreijähriger Mahdzyklus der Hochstaudenflur, um einen Aufwuchs von Gehölzen zu verhindern. Hierbei jährliche Mahd (zwischen November und Februar) nur eines Drittels der Gesamtfläche im Dreijahresrhythmus, so dass in jedem Jahr eine Teilfläche gemäht wird, jedoch genügend Hochstaudenflur zur Verfügung steht. Der Ersatzlebensraum ist solange zu erhalten und zu pflegen, wie der Eingriff besteht bzw. solange bis die ökologischen Funktionen des betroffenen Habitats in gleichwertiger Weise wiederhergestellt sind.</p> <p>Gegebenenfalls ist eine Umzäunung der Ausgleichsfläche zu empfehlen, um mögliche Störungen durch Menschen oder Haustiere auszuschließen.</p>	Im Zuge der Neubaumaßnahmen	Igel (Brutvögel, Reptilien, Fledermäuse)

Betrachtung der besonders geschützten Arten als Zuarbeit zum GOP zum Bebauungsplan
(B-Plan 09.W.192): „Wohn- und Sondergebiet am Südring“

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Zeitfenster	Artengruppe/Ziel
	<p>Es wird eine Ausführungsplanung (LAP) erstellt, die die Gegebenheiten auf den Maßnahmenflächen aufgreift.</p> <p>Die ÖBB leitet die Umsetzung vor Ort fachlich an und dokumentiert die Herstellung.</p>		
FCS8	<p>Der Verlust des Gewässers ist durch einen gleichwertigen Flächenanteil im Verhältnis 1:1 auszugleichen. Die Kompensation des Lebensraumes besteht in der Schaffung von Ersatzlebensraum im B-Plangebiet. Der Teich ist mit zusammenhängenden Strukturen, aus Land- und Wasserlebensraum, auf einer Fläche von mindestens 1 ha auszugleichen. Das Gewässer sollte nicht tiefer als 1 m und mit ausgedehnten Flachwasserzonen angelegt werden.</p>	Im Zuge der Baumaßnahmen	Amphibien

5.4 Monitoring

Tabelle 7: Monitoring von Vermeidungs-, CEF- und FCS-Maßnahmen

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Zeitfenster	Artengruppe/ Ziel
M1	<p>Monitoring von Vermeidungs-, CEF- und FCS-Maßnahmen</p> <p>- Zur Maßnahme CEF1</p> <p>Monitoring und Optimierung: Die Maßnahmenenerfolg wird mindestens 5 Jahre lang jährlich durch eine Kartierung dokumentiert (je drei Termine pro Jahr).</p>	5 Jahre lang, je drei Termine pro Jahr	Reptilien
	<p>- Zur Maßnahme FCS3a</p> <p>Monitoring und Optimierung: Die Maßnahmenenerfolg wird mindestens 5 Jahre lang jährlich durch eine Kartierung dokumentiert (je drei Termine pro Jahr).</p>	5 Jahre lang, je drei Termine pro Jahr	Brutvögel, Reptilien, Fledermäuse

6 Zusammenfassende Darlegung der naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine ausnahmsweise Zulassung des Vorhabens nach § 45 Abs. 7 BNatSchG

Unter der Voraussetzung der Durchführung der hier beschriebenen Maßnahmen und Einhalten der Bauzeiten, ist für die meisten betrachteten Artengruppen nicht mit dem Eintreten weiterer als der bereits aufgeführten artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände zu rechnen (s. Kapitel 4). Bezogen auf die Arten Teichmolch, Igel und Maulwurf kann eine Tötung bzw. eine Tötung im Zusammenhang mit der Zerstörung von Lebensstätten im Zuge des Bauvorhabens (Baufeldfreimachung) trotz durchgeführter Vermeidungsmaßnahmen und CEF-Maßnahmen nicht vollständig ausgeschlossen werden. Es ist demnach eine Ausnahme § 45 Abs. 7 BNatSchG für diese Artengruppen zu beantragen. Die Vermeidungs-, sowie die FCS-Maßnahmen dienen als Nachweis, dass die naturschutzfachlichen Voraussetzungen (Nachweis des Verweilens im derzeitigen [günstigen] lokalen Erhaltungszustand) vorliegen und stellen somit eine Zulassungsvoraussetzung gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG dar.

7 Zusammenfassung

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock plant im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung die Umsetzung des Bebauungsplans (B-Plan) Nr. 09.W. 192 für das „Wohn- und Sondergebiet Südring“ im Stadtteil Rostock-Südstadt.

Im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben wurden die Artengruppen Fledermäuse, Brutvögel, Reptilien und Amphibien kartiert und auf eine mögliche Betroffenheit überprüft. Zusätzlich wurden Nebenbeobachtungen während den Kartierungen, alle Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (RL) sowie alle in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) vorkommenden europäischen Vogelarten betrachtet. Die Einarbeitung der Artengruppe Igel und Maulwurf erfolgte auf Grundlage eines gesonderten Gutachtens (EBERSBACH 2020).

Die vorliegende Unterlage beschränkt sich auf die Betrachtung der entsprechend § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG besonders geschützten Arten. Die Anhang-IV-Arten der FFH-RL werden im AFB (ÖKOLOGISCHE DIENSTE ORTLIEB GMBH 2024) behandelt.

Es wurden Maßnahmen zur Vermeidung von negativen Auswirkungen des Bauvorhabens auf die relevanten Arten abgeleitet und dargestellt. Für die hier betrachteten Arten werden 10 unterschiedliche artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen ergriffen. Dazu zählt u.a. der Einsatz einer ökologischen Baubegleitung (ÖBB) zur Überwachung, Anleitung und Dokumentation der festgelegten Artenschutzmaßnahmen (001_V). Die Baufeldfreimachung wird in Bauabschnitten zeitlich versetzt durchgeführt (002_V). Dies ist notwendig, um den Tieren eine Abwanderung in andere Gebiete zu ermöglichen. Um in der Bauzeit das Einwandern von Reptilien und Amphibien in das Baufeld zu verhindern, ist ein Amphibien- und Reptilienschutzzaun mit Kleintiertunneln (KTT, Orthab) aufzustellen (005_V). Im Baufeld gefangene Igel sind in die zuvor fertig gestellte Maßnahmenfläche (FCS3a) umzusetzen (006_V). Zum Schutz von Igeln sind Bauzeitenregelungen zu beachten (010_V). Die Vermeidungsmaßnahmen 014_V (Schächte und Gruben vor deren Zerstörung oder Umbau auf vorhandene Amphibien kontrollieren), und 015_V (neu herzustellende Regenwassersammler und Schächte zur Aufnahme von Straßen- und anderen Oberflächenwässern kleintierfreundlich gestalten), dienen der Vermeidung der Tötung von Amphibien.

Durch das mehrmalige Befahren der Flächen vor Baubeginn, werden Maulwürfe gestört, zur Flucht aus der Bodenfläche gezwungen und in die Lebendfallen gelockt, sodass Tötungen vermieden werden (016_V). Das Abfangen von Igeln und Maulwürfen im geplanten Baufeld durch Nahrung und/oder Lebendfallen ist durch einen fachkundlichen Gutachter durchzuführen (017_V). Amphibien aus dem Teich im NAJU-Garten sind abzufangen und in einen gleichwertigen Lebensraum umzusetzen (018_V).

Die verlorengehenden Lebensstätten der betroffenen Artengruppen werden mithilfe einer CEF-Maßnahme im Vorfeld funktional ersetzt. Die Anlage von Quartieren für Igel (und



Reptilien) (CEF1) erfolgt auf der neu zu schaffenden Ersatzfläche (FCS3a). Die Maßnahme FCS3a dient als multifunktionale Kompensationsmaßnahme für mehrere Artengruppen.

Das Vorhaben führt zur Schädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der besonders geschützten Arten Teichmolch, Igel und Maulwurf und somit zur Erfüllung des Verbotstatbestandes nach §44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG. Damit verbunden kann ein signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko nicht ausgeschlossen werden, sodass auch der Verbotstatbestandes nach §44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG erfüllt ist. Da die Beeinträchtigung nicht durch Vermeidungsmaßnahmen vermieden oder durch CEF-Maßnahmen im räumlichen Zusammenhang ausgeglichen werden kann, werden die Maßnahmen FCS8 und FCS3a zur Sicherung des Erhaltungszustandes der lokalen Population der betroffenen Art nötig.

Es ist demnach eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG zu beantragen. Die Umsetzung der formulierten FCS-Maßnahme stellt die Voraussetzung für die Zulassung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG dar.

8 Quellenverzeichnis

BAST, H-D.; BREDOW, D.; LABES, R.; NEHRING, R.; NÖLLERT, A. & WINKLER, H. (1991): Rote Liste der gefährdeten Amphibien und Reptilien Mecklenburg-Vorpommerns. 1. Fassung. Schwerin.

BFN - BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (2020c): FFH-VP-Info: Fachinformationssystem zur FFH-Verträglichkeitsprüfung, Online unter: www.ffh-vp-info.de

BHF - Bendfeldt Herrmann Franke Landschaftsarchitekten GmbH (2018): Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (AFB) zum Bebauungsplan Nr. 09.W.192 „Wohnen und Sondergebiet am Südring“ Hansestadt Rostock. Stand: August 2018, Schwerin, 31 S.

EBERSBACH, H. (2020): Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung für das Vorhaben B-Plan 09.W.192 „Wohn- und Sondergebiet am Südring“ in Rostock Südstadt Rostock Südstadt. Los 2 - Erfassung der Vorkommen von Kleinsäugetern (Igel, Maulwurf).

GLANDT, D. (2015): Die Amphibien und Reptilien Europas. Alle Arten im Porträt. Wiebelsheim.

HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK (2024): Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock über den Bebauungsplan Nr. 09.W.192 „Wohn- und Sondergebiet am Südring“. 2. Entwurf. Bearbeitungsstand/Druckdatum: 02.10.2024.

LABES, R.; EICHSTÄDT, W.; LABES, S.; GRIMMBERGER, E.; RUTHENBERG, H.; LABES, H. (1991): Rote Liste der gefährdeten Säugetiere Mecklenburg-Vorpommerns. 1. Fassung, Die Umweltministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Schwerin, 32 S. LBM - LANDESBETRIEB MOBILITÄT RHEINLAND-PFALZ (2011): Fledermaus-Handbuch LBM - Entwicklung methodischer Standards zur Erfassung von Fledermäusen im Rahmen von Straßenprojekten in Rheinland-Pfalz. Koblenz, 160 S.

MEINIG, H.; BOYE, P.; DÄHNE, M.; HUTTERER, R. & LANG, J. (2020): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands. - Naturschutz und Biologische Vielfalt 170 (2): 73 S.

ÖKOLOGISCHE DIENSTE ORTLIEB GMBH (2024): Artenschutzfachbeitrag (AFB) zum Bebauungsplan (B-Plan 09.W.192) „Wohn- und Sondergebiet am Südring“ in Rostock. 1. Überarbeitung.

ROTE-LISTE-GREMIUM AMPHIBIEN UND REPTILIEN (2020): Rote Liste und Gesamtartenliste der Amphibien (Amphibia) Deutschlands. - Naturschutz und Biologische Vielfalt 170 (4): 86 S.

SCHLÜPMANN & KUPFER (2009): Methoden der Amphibienerfassung - eine Übersicht. In: Hachtel, M., Schlüpmann, M., Thiesmeier, B. & Weddeling, K. (Hrsg.): Methoden der Feldherpetologie. Zeitschrift für Feldherpetologie, Supplement 15: 7-84.

Gesetze, Richtlinien und Verordnungen



BArtSchV (Bundesartenschutzverordnung) - Verordnung zum Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten in der Fassung vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258, 896), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95).

BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz) - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)

FFH-RL (FFH-Richtlinie) - Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels.

VS-RL (Vogelschutzrichtlinie) - Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (kodifizierte Fassung).

